

Die Vorsitzende zeigte sich erfreut, dass der Ausschuss die Gelegenheit habe, die Arbeit der Inklusionskoordinatoren beim Schulamt für den Rhein-Sieg-Kreis näher kennen zu lernen. Sie erhoffe sich in diesem Zusammenhang auch eine Antwort auf die Frage nach der Zahl der Kinder, die von den allgemeinen Schulen wieder zurück an die Förderschulen gewechselt seien.

Schulamtsdirektorin (SADin) Kreitz-Henn erläuterte, die Inklusion sei ein schwieriger Prozess, der gemeinsames Handeln erfordere. Es sei besonderes Engagement gefragt, um die Herausforderungen in einem solch großen Kreis wie dem Rhein-Sieg-Kreis mit seinen 19 Kommunen zu meistern. Diese Voraussetzungen erfüllten die beiden Herren, die sich die Stelle, die vom Land allen Kreisen und kreisfreien Städten zur Verfügung gestellt werde, im Rhein-Sieg-Kreis teilen.

Tobias Vogdt erklärte, er sei Sonderpädagoge an der Förderschule am Rotter See in Troisdorf-Sieglar. Patrick Werneburg stellte sich als Abteilungsleiter und als Lehrer für die Fächer Deutsch und Geschichte an der Gesamtschule in Sankt Augustin vor.

Herr Vogdt erläuterte im ersten Teil einer Power-Point-Präsentation das Beratungskonzept für Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf beim Übergang aus der Klasse 4 in die Klasse 5. In einem zweiten Teil belegte Herr Werneburg dieses Verfahren mit Zahlen- und Datenmaterial aus der Arbeit der vorangegangenen zweieinhalb Jahre.

Die gesamte Präsentation der Inklusionskoordinatoren ist der Niederschrift als **Anlage 3** beigelegt.

*Anmerkung der Verwaltung: Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind die während und nach der Präsentation erfolgten Redebeiträge nachfolgend in chronologischer Reihenfolge zusammengefasst.*

SkB Hauer lobte die hervorragende Beratungsqualität und wies auf ein Problem hin, dem sich viele kleine Kommunen stellen müssten. Dort bliebe auf Grund der demografischen Entwicklung letztlich nur noch **eine** weiterführende Schule übrig. In seiner Heimatgemeinde Much sei das eine Gesamtschule, die von Anfang an so konzipiert worden sei, dass sie inklusiv arbeite. Nach einer gut funktionierenden Startphase träten nunmehr im Zuge des Anwachsens der Jahrgänge Probleme auf. Inklusion sei nicht zu leisten, wenn Schüler dicht gedrängt in zu kleinen Klassenräumen säßen und in diesen Klassen jetzt auch noch zunehmend mehrere unterschiedliche Förderbedarfe vorkämen. Gerade die unterschiedlichen Förderbedarfe seien aber Teil des Schulkonzeptes gewesen. Wenn jetzt „Rückläufer“ von anderen weiterführenden Schulen kämen, müssten diese in ohnehin schon volle Klassen aufgenommen und integriert werden und damit wäre das schöne Konzept der Förderung und der Inklusion über den Haufen geworfen.

Vor diesem Hintergrund sei auch die Haltung der Bezirksregierung, dass zwei oder drei Schüler mehr in einer Klasse kein Problem sein sollten, nicht nachzuvollziehen.

SADin Kreitz-Henn stellte fest, dass sie darauf aktuell keine zufriedenstellende Antwort geben könne, weder für den Ausschuss noch für sich selbst. Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf betreffe die vom SkB Hauer angesprochene Problematik möglicherweise weniger, weil diese in Klassen mit reduzierter Klassenfrequenz gefördert würden. Daraus folge dann aber zwangsläufig der Nachteil voller Klassen für alle anderen Schüler. Dies sei im Übrigen nicht nur ein regionales Problem, sondern ein über das ganze Land verstreutes. So bliebe vor Ort nur die Möglichkeit, in kleinen Schritten individuelle Lösungen zu suchen.

Abg. Göllner fragte, in wie weit es bei den Beratungen für den Übergang von der 4. zur 5. Klasse zu Konflikten zwischen der Schulempfehlung und dem Elternwunsch komme und inwieweit Gymnasien bereit wären, sich am Inklusionsprozess zu beteiligen.

SADin Kreitz-Henn erwiderte, dass man aus dem vorliegenden Zahlenmaterial ersehen könne, dass die Gymnasien im Rahmen der Inklusion nicht so einen Zuwachs hätten, wie andere Schulformen. Dies liege aber nicht daran, dass sich Gymnasien generell dem Inklusionsprozess verweigerten. Es gebe Gymnasien, die sich öffneten und Angebote machten, diese von den Eltern aber aus den unterschiedlichen Gründen nicht angenommen würden.

Herr Vogdt ergänzte, dass es relativ wenige Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf gebe, die die gymnasiale Empfehlung erhalten würden. Da die Gymnasien aber ganz überwiegend nur noch G 8 anböten, träfen die Eltern lieber die Entscheidung, ihre Kinder auf eine Gesamtschule zu schicken mit der Möglichkeit der Erlangung des Abiturs nach neun Jahren.

Abg. Solf betonte, Inklusion sei ein gesamtgesellschaftlicher Prozess, bei dem man viel Geduld haben müsse, bei dem aber auch viel Überzeugungsarbeit zu leisten sei. Es gebe Gymnasien in Nordrhein-Westfalen, die den Versuch wagten, während andere aus unterschiedlichen Gründen davon Abstand nähmen. Er stelle fest, dass die Überzeugungsarbeit im Rhein-Sieg-Kreis mit Begeisterung geleistet werde. Man müsse anstreben, für jedes einzelne Kind mit Förderbedarf die richtige Schulform zu finden. Es gehe nicht darum, irgendwo Schulklassen aufzufüllen. Dies führe zu der Frage, die bereits von der Vorsitzenden gestellt worden sei, wie es nämlich mit der Zahl der Rückkehrer an die Förderschulen aussehe.

SADin Kreitz-Henn legte dar, dass bis zum Ende der vergangenen Woche im gesamten Rhein-Sieg-Kreis 45 Schülerinnen und Schüler aus den allgemeinen Schulen an Förderschulen zurückgekommen oder erstmalig von einer allgemeinen Schule in eine Förderschule gewechselt seien. Weitere 40 Schülerinnen und Schüler seien durch Umzüge und Förderschwerpunktänderungen an Förderschulen aufgenommen worden. Daneben gebe es noch eine Warteliste, da weitere Anfragen im Bereich der Förderschulen für emotionale und soziale Entwicklung vorlägen, die aber im Moment aus räumlichen und personellen Kapazitätsgründen nicht berücksichtigt werden könnten. Auf der anderen Seite seien 19 Schülerinnen und Schüler von den Förderschulen an die allgemeinen Schulen in vorläufige diagnostische Praktika entlassen worden.

Die Vorsitzende erweiterte ihre Fragestellung bezüglich der Rückkehrer an die Förderschulen dahingehend, dass es sie interessiere welche Förderschwerpunkte betroffen seien.

SADin Kreitz-Henn erläuterte, der größte Teil der „Rückkehrer“ habe Förderbedarf in den Schwerpunkten Lernen sowie emotionale und soziale Entwicklung. Es seien aber auch die Förderschwerpunkte Sprache, geistige Entwicklung sowie körperliche und motorische Entwicklung betroffen. Keine Meldungen lägen zu den Förderschwerpunkten Hören und Sehen vor.

KVD Clasen ergänzte, dass bei den drei Förderschulen für emotionale und soziale Entwicklung in Trägerschaft des Rhein-Sieg-Kreises im Primarbereich insgesamt fünf Schüler während des laufenden Schuljahres 2014/15 zusätzlich aufgenommen worden seien. Darüber hinaus gebe es im Bereich dieses Förderschwerpunktes 30 Anfragen von Grundschulen für Schülerinnen und Schüler, für die eine Beschulung im Gemeinsamen Lernen kaum noch möglich sei. Das Problem sei allerdings, dass diese drei Förderschulen bis an den Rand ihrer Kapazitäten gefüllt seien, sowohl was die Zahl der Lehrkräfte betreffe, als auch die räumlichen Gegebenheiten.

Abg. Kunert kam auf das vom SkB Hauer angesprochene, die Gemeinde Much betreffende Thema, zurück. Inklusion bedeute Teilhabe für alle, das dürfe im Umkehrschluss nicht dazu führen, dass in den Regelschulen die Klassen noch voller würden. Dann werde man keinem gerecht, weder den Kindern mit sonderpädagogischen Förderbedarf, noch den Kindern ohne Förderbedarf in zu großen Klassen. Letztlich würden nicht nur die Schüler unter dieser Situation leiden, auch die Lehrkräfte wären zunehmend überfordert und überlastet.

SADin Kreitz-Henn sagte zu, diese Problematik an geeigneter Stelle und auch bei der Bezirksregierung vorzutragen.

Abg. Göllner fragte, wie häufig es Anträge für die Durchführung von diagnostischen Praktika gebe und ob diese erfolgreich seien.

SADin Kreitz-Henn erwiderte, dass bei den Förderschulen für Sprache sowie für emotionale und soziale Entwicklung im Primarstufenbereich grundsätzlich nach der 4. Klasse die Entscheidung getroffen werde, ob für die Schülerin bzw. den Schüler weiterhin sonderpädagogischer Förderbedarf bestehe und ob das Kind mit diesem Förderbedarf in die Sekundarstufe I übergehe. Andernfalls werde der Förderbedarf aufgehoben und es sei dann keine sonderpädagogische Förderung mehr notwendig. Bei den beiden genannten Förderschwerpunkten seien allerdings bereits nach dem dritten Schulbesuchsjahr zahlreiche „Rückführungen“ in die allgemeinen Schulen zu beobachten. Die Zahlen werde man aufbereiten und bei nächster Gelegenheit vorlegen. In der Regel erfolge die Planung eines diagnostischen Praktikums vor dem Schuljahreswechsel. Dass dies bei den bereits zuvor erwähnten 19 Fällen zum jetzigen Zeitpunkt stattfinde, beruhe auf einer Absprache zwischen Eltern, aufnehmender Schule und abgebender Schule. Da diese Praktika noch nicht beendet seien, könne auch keine Aussage zu den Erfolgsaussichten getroffen werden.

Die Vorsitzende dankte den Vortragenden für ihre Ausführungen und ihr Engagement und wünschte weiterhin viel Erfolg bei der Erfüllung ihrer schwierigen Aufgabe.